

# Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse:  
Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher:  
Schneeberg 51.  
Aue 25.  
Schwarzenberg 19.

**Amtsblatt** für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johann-georgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 41.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonntage- und Feiertage. Abonnement vierteljährlich 1 Mark 40 Pf., halbjährlich 2 Mark 40 Pf., im voraus. Im amtlichen Theile die Hauptpreise werden von der Reichspostverwaltung mit 10 Pf. im amtlichen Theile die Hauptpreise werden von der Reichspostverwaltung mit 25 Pf. abgezogen; tabellarischer, außerordentlicher Satz nach erhöhtem Tarif.

Sonntag, den 17. Febr. 1895.

Wohlfühlungs-Nr. 2100.

Die heute fälligen Schulgelber auf letzten Termin vom Schuljahre 1894/95 sind längstens bis Ende Februar d. J. an unsere Stadtsteuer-Einnahme bei Vermeidung der Zwangsbeitreibung zu bezahlen.  
Rath der Stadt Löbnitz, 15. Februar 1895.

48.

Jahrgang.

**Montag, den 18. Februar 1895, Vormittags 11 Uhr**  
kommen im amtsergerichtlichen Auktionslocal hier mehrere Schränke, 1 Kommode, 2 Sophas, 1 Regulator, 1 Waschtisch, 1 Reiselofter, Gardinen mit Stangen, 3 neue Wälderbetten verschiedener Größe und 1 Reibmaschine meistbietend gegen sofortige Bezahlung zur Versteigerung.  
Schneeberg, am 16. Februar 1895.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.  
Wäber.

**Schwarzenberg.** Nachden am gestrigen Tage der von dem hiesigen Stadtverordnetencollegium als **unbefolgetes** Rathsmitglied gewählt

Herr Oberforstmeister Täger, hier, in seine Funktion eingewiesen und eidlich in Pflicht genommen worden ist, wird Solches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.  
Schwarzenberg, am 14. Februar 1895.

Der Rath der Stadt.  
Gareis, Bürgermeister.

**Schwarzenberg.** In den letzten Jahren sind vielfach Kinder bei der Selectenschule hier zur Anmeldung gekommen, die nach den Bestimmungen der Localschulordnung nicht oder doch nur im Wege besonderer Dispensation aufgenommen werden konnten, weil nach den bezüglichen Bestimmungen **Kinder, welche nach dem Schulgesetze nicht wenigstens noch 4 Jahre zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, in der Regel nicht aufgenommen werden sollen.** Eine Ausnahme hiervon soll nur in Ansehung von Kindern erst hier jugendlicher Eltern gemacht werden.

Wir wollen daher nicht unterlassen, Eltern und Vormünder, welche brachliegenden, ihre Kinder der Pflanzlinge der hiesigen Selecte auszuführen, hierauf mit dem Ersuchen besonders aufmerksam zu machen, ihre Kinder und Pflanzlinge möglichst zeitig und zwar vor Erfüllung des 10. Lebensjahres der Selecte zuzuführen.  
Schwarzenberg, am 15. Februar 1895.

Der Rath der Stadt.  
Gareis, Bürgermeister.

**Grünhain.** Der am 15. dieses Monats fällig gewesene 1. Termin Stadtanlagen ist innerhalb der zur Zahlung nachgelassenen 14tägigen Frist an hiesige Stadtkasse zu entrichten.  
Grünhain, am 15. Februar 1895.

Der Stadtrath.  
Reißler.

**Löbnitz.** Die heute fälligen Schulgelber auf letzten Termin vom Schuljahre 1894/95 sind längstens bis Ende Februar d. J. an unsere Stadtsteuer-Einnahme bei Vermeidung der Zwangsbeitreibung zu bezahlen.  
Rath der Stadt Löbnitz, 15. Februar 1895.

Sieger, Orgm.

## Anmeldung zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung in Schwarzenberg (Sa.) sind, wenn die Ausführung in dem im Monat April beginnenden ersten Bauabschnitt des Rechnungsjahres 1895/96 gewünscht wird, **spätestens** bis zum 1. März bei dem Kaiserlichen Postamt in Schwarzenberg (Sa.) anzumelden.

Später eingehende Anmeldungen können erst im nächstfolgenden, am 1. September beginnenden Bauabschnitt berücksichtigt werden.

Einer Erneuerung der bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.  
Leipzig, 9. Februar 1895.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.  
Geheime Ober-Postrath.  
Walter.

3

## Anmeldung zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung in Aue (Erzgeb.) sind, wenn die Ausführung in dem im Monat April beginnenden ersten Bauabschnitt des Rechnungsjahres 1895/96 gewünscht wird, **spätestens** bis zum 1. März bei dem Kaiserlichen Postamt in Aue (Erzgeb.) anzumelden.

Später eingehende Anmeldungen können erst im nächstfolgenden, am 1. September beginnenden Bauabschnitt berücksichtigt werden.

Einer Erneuerung der bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.  
Leipzig, 9. Februar 1895.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.  
Geheime Ober-Postrath.  
Walter.

3

## Bürgerische Schule zu Aue.

Die Anmeldungen zur Aufnahme in die hiesige Schule Ostern d. J. werden im Direktorzimmer des Bürgerischschulgebäudes erbeten

für die Einfache am 25. Febr. zw. 2 u. 4 Uhr,  
Mittlere - 26. - 3 - 4 -  
Höhere - 27. - 3 - 4 -

Aue, den 13. Februar 1895. **Reinmeister, Dir.**

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

Im Reichstage stand gestern der von vielen Mitgliedern der Conservativen, der Freiconservativen, der National-liberalen und des Centrums unterstützte Antrag auf Einberufung einer Münzconferenz behufs internationaler Regelung der Währungsfrage zur Berathung.

In der Begründung führte Abg. Graf Mirbach in längerer Rede aus, daß er den Zeitpunkt für eine Aenderung der bestehenden Währungsverhältnisse auf Grund internationaler Abmachungen für gekommen erachte; dazu lasse die gegenwärtige wirtschaftliche Lage eine Aenderung dieser Verhältnisse als dringend nöthig erscheinen.

Abg. Barth (Hrs.) meinte, er hätte es begreiflich gefunden, wenn Länder, die in Folge ihrer Währung in Unbequemlichkeiten gerathen seien oder viel Silber produciren, eine solche Conferenz berufen hätten. Aber für Deutschland, das eine solide und gute Währung habe, liege kein Anlaß vor, sie einzuberufen. Die Doppelwährungsfrage hätte keine werbende Kraft in Deutschland, wenn hier nicht die Meinung stets erweckt würde, daß durch diese Währung die Getreidepreise steigen und eine Schuldentlastung eintreten werde. Aber der ursächliche Zusammenhang zwischen Getreidepreis und Silberpreis sei thatsächlich nicht vorhanden. Von dem Bimetallismus würden nur die Leute Vortheil haben, die entweder verschuldet seien oder unfähbare Anleihen aufgenommen hätten, und von diesem Standpunkte aus sei die bimetallische Bewegung eine höchst unbillige.

Abg. Graf Bismarck war der Meinung, daß es früher oder später sicher zu einer Aenderung der Währungsverhältnisse kommen müßte. Den eigentlichen Grund für den Verfall des Getreides fand er in der Entwerthung des Silbers. Er hielt es deshalb für möglich und gut, eine für den nationalen Wohlstand des Landes so entscheidende Frage in einer Conferenz zu besprechen und hoffte, daß diese Conferenz dem Nationalwohlstande des Landes zum Segen gereichen werde. Der Socialdemokrat Schönlank wollte dem Vorschlag, der nur den Wohlgrundbesitzern die Bezahlung ihrer Schulden erleichtern sollte, um so weniger zustimmen, als die Unterzeichner des Antrages durch die Unterstützung der Umsturzvorlage die Arbeiter völlig verlustlos machen wollten.

Abg. Lieber vom Centrum erklärte, daß die Währungsfrage für ihn keine Parteifrage sei. Er meinte aber, wenn man die gegenwärtige wirtschaftliche Nothlage ernstlich befeitigen wolle, so müßte es grade auf dem Gebiete des Münz-

wesens geschehen, und Deutschland müsse die Initiative in dieser Frage ergreifen, nachdem es auf der Brüsseler Conferenz das Gegentheil von gutem Willen bekundet habe.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe gab eine vom Vortrager gewünschte Erklärung dahin ab, daß er, ohne präjudiciren zu wollen, doch eingestehen müsse, daß der zunehmende Werthunterschied zwischen den beiden Münzmetallen auf das Erwerbaleben eine nachtheilige Wirkung ausübe. Im weiteren Verfolg der Bestrebungen, die zur Einsetzung der Silberuntersuchungscommission geführt hätten, sei er deshalb geneigt, mit den verbündeten Regierungen in Erwägung zu ziehen, ob mit anderen an der Entwerthung des Silbers wesentlich beteiligten Staaten in einen friedlichen Reinerungsaustausch über gemeinschaftliche Maßregeln zur Abhilfe eingetreten werden könnte.

Darauf wurde die Weiterberathung vertagt.

Berlin, 15. Februar. Die Reichstagscommission für die Umsturzvorlage nahm § 112 Abs. 1 an, betr. die Aufforderung von Soldaten zur Gehorsamsverweigerung gemäß der Regierungsvorlage. Das Centrum brachte einen Antrag ein, Abs. 2 und 3 folgendermaßen zu fassen: Wer in der Absicht, die militärische Macht und Ordnung zu untergraben, gegenüber den Angehörigen des Heeres und der Marine Einrichtungen derselben verächtlich macht oder zur Uebertretung der auf Vermeidung der bewaffneten Macht im Frieden und im Kriege bezüglichen Dienstvorschriften auffordert oder anreizt, wird, wenn das Verbrechen anordnet, mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft. Die Commission lehnte Absatz 2 und 3 der Regierungsvorlage mit 16 gegen 12 Stimmen ab und nahm mit 17 gegen 11 den gemeldeten Centrumsantrag an. Sodann wurde der ganze umgestaltete Paragraph 112 mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus stand gestern die Polenpolitik des neuen Kurses und deren Konsequenzen auf der Tagesordnung. Man durfte gespannt sein, welche Stellung die Regierung dabei einnehmen würde. Der Minister des Innern hat nun in seinen immerhin sehr verständlichen Erklärungen das Haus doch nicht in Zweifel gelassen, daß in der Polenpolitik jetzt das Prinzip der Preisgebung der Provinz an das polnische Element aufgegeben ist. Herr v. Köller führte gegenüber den polnischen Abgeordneten, die ein Einschreiten der Regierung gegen den Verein zur Förderung des Deutschtums in den Domanen forderten, aus, der Deutsche Verein sei nicht ein Verein gegen das Polentum, sondern ein Verein für das Deutschtum;

es sein kein Beweis dafür erbracht, daß königliche Beamte und Pastoren als Vereinsthätiger den Vereinsthätigen gegen das Polentum erklärten. Die Polen hätten in Westfalen einen Polenverband für ganz Deutschland gebildet und da solle die Regierung gegen den Deutschen Verein einschreiten, der nur die Uebergriffe des Polenthums abzuwehren will? Die polnische Presse hege stets gegen die Deutschen. Der Nationalstolz gebiete aber, daß jeder Deutsche in den Domanen das Deutschtum fördere. (Bravo.) Wären sich doch lieber die Polen und die Deutschen zu friedlicher Arbeit an den Aufgaben der Provinz vereinigen. (Bedauerlicher Beifall.)

Berlin, 15. Februar. Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg theilte der „Post“ mit, daß in der Angelegenheit bezüglich des Duells mit dem Abg. Dr. Bödel kein Wort wahr sei, da ihm seit Jahren die Thatsache bekannt sei, daß Dr. Bödel ein prinzipieller Gegner des Duells sei.

Braunschweig, 15. Februar. Der Landtag genehmigte die Regierungsvorlage betreffend die Fortsetzung der Raibohrunnen und erklärte sich mit den Absichten in dieser Frage einverstanden.

Stuttgart, 15. Februar. Nach nunmehriger Feststellung ist, wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet, das Ergebnis von 25 Landtagsstimmwahlen folgendes: Gewählt sind 14 Abgeordnete der Volkspartei, 3 der Deutschen Partei, 3 der Landespartei (worumter der Minister v. Mittnacht und der frühere Kammerpräsident (Hohl), 2 Conservative, 2 Centrum und 1 Socialdemokrat (Gieser-Lannstatt), der erste, welcher in die württembergische Kammer eintritt. Der Wahlkampf war hartnäckig; in den meisten Bezirken brangen die Sieger bei einer Wahlbetheiligung von 80 bis 90 Prozent nur mit Mehrheiten von 10 bis 50 Stimmen durch.

Stuttgart, 15. Februar. Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet, wird die Zusammensetzung der Kammer folgende sein: 31 Abgeordnete der Volkspartei, 14 Deutsche und Landespartei, 5 diesen nahestehende Parteilose und Conservative, 18 Centrum, 1 oder 2 Sozialisten, da bei der heutigen Stichwahl in Stuttgart zwischen Schall und Klotz letzterer einen Vorsprung zu haben scheint. Rechnet man zu Obigen noch die 23 Privilegirten, so ergibt sich folgendes Parteiverhältniß: 31 Volkspartei, 30 Deutsche und Landespartei, 9 diesen nahestehende Parteilose, 21 Centrum, 2 Sozialisten. — Bei den Stichwahlen sind die Kandidaten Oberbürgermeister Hegelmaier-Deibronn und Bantleon-Heidenheim unterlegen.

Stuttgart, 15. Februar. Bei der heute stattgefundenen Stichwahl wurde der Sozialist K. o. J. mit 10 237 Stim-